

9. NOVEMBER 2017

Siemens: Konzernumbau darf nicht zu Stellenabbau führen



„Es ist unerträglich und nicht hinnehmbar, dass Siemens trotz wie verlautbart ‚hervorragender Ergebnisse‘ des Gesamtunternehmens einen Stellenabbau plant. Von einem Konzern mit rund 114.000 Beschäftigten allein in Deutschland ist zu erwarten, dass eine Strukturveränderung ohne den Abbau von Arbeitsplätzen organisiert wird. Dies entspricht im Übrigen auch dem Abkommen zur Standort- und Beschäftigungssicherung, das Siemens, die IG Metall und der Gesamtbetriebsrat 2010 verlängert haben“, kommentiert Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, den drohenden Stellenabbau bei Siemens. Ernst weiter:

„Durch den geplanten Abbau von mehreren tausend Arbeitsplätzen will Siemens die Verluste einzelner Sparten der Gesellschaft aufs Auge drücken. Nach maximal zwölf Monaten Arbeitslosengeld I für unter 50-Jährige, in denen die Versicherungsgemeinschaft die Kosten trägt, fallen die Betroffenen in Hartz IV. Dann muss der Steuerzahler die Folgen der verantwortungslosen Unternehmenspolitik des Siemens-Konzerns tragen.

Es muss geprüft werden, welche gesetzgeberischen Möglichkeiten bestehen, Unternehmen, die trotz Gewinnen Stellenabbau betreiben, die Kosten der Arbeitslosigkeit selbst tragen zu lassen. Wir erwarten von Siemens eine Unternehmenspolitik, die nicht nur die Gewinnmaximierung, sondern auch den Erhalt der Arbeitsplätze zum Ziel hat. Den Beschäftigten, dem Betriebsrat und der IG Metall wünschen wir viel Erfolg und erklären unsere Unterstützung bei der Verteidigung der Arbeitsplätze.“

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-BAYERN.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/SIEMENS-KONZERNUMBAU-DARF-NICHT-ZU-STELLENABBAU-FUEHREN/](http://www.die-linke-bayern.de/politik/presse/detail/artikel/siemens-konzernumbau-darf-nicht-zu-stellenabbau-fuehren/)